

Presseerklärung

14. September 2022

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock traf Romani Rose zu einem Gespräch im Auswärtigen Amt

Am 9. September trafen die Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock und der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma Romani Rose im Auswärtigen Amt in Berlin zu einem ersten Austausch zur Situation der Sinti und Roma in Europa, insbesondere zur Situation der aus der oder der innerhalb der Ukraine geflüchteten Roma zusammen.

Es wurde vereinbart, den Austausch auch künftig zu fortzusetzen und zu intensivieren. Der Zentralrat erwartet von der Bundesregierung, die menschenrechtliche Situation in der Ukraine weiter zu beobachten und die Leistungen der Angehörigen der Minderheit bei der Verteidigung ihres Landes anzuerkennen. Die Bundesregierung muss darüber hinaus dafür Sorge tragen, dass die Roma und ihre Situation in allen Unterstützungsmaßnahmen und bei den Wiederaufbauplänen in der Ukraine berücksichtigt werden.

Im Anschluss an das Gespräch schrieb die Ministerin auf ihrem offiziellen Instagram-Kanal: *„Die Kultur der Sinti*ze und Rom*nja ist fester Bestandteil unserer europäischen Identität. Mit Romani Rose habe ich mich heute über ihre oft schwierige Situation ausgetauscht - bei uns in Deutschland, in Europa und der Ukraine. Romani Rose ist Vorsitzender des Zentralrats der Sinti und Roma in Deutschland und setzt sich schon sein ganzes Leben für ihre gesellschaftliche Gleichberechtigung und Teilhabe ein. Was viele nicht wissen: Seit über 600 Jahren leben Rom*nja schon in der Ukraine. Zur Wahrheit gehört aber, dass sie auch dort - wie auch bei uns und vielen Ländern Europas - Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren. Heute kämpfen tausende von ihnen an der ukrainischen Front um die Freiheit ihrer Heimat. Antiziganismus kennt keine Landesgrenzen. Er ist kein Randgruppen-Phänomen, sondern reicht tief in die Mitte unserer Gesellschaften hinein. Den Kampf um unseren Zusammenhalt können wir nur gemeinsam gewinnen, wenn wir uns in der Politik wie im Alltag gegen jede Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit stellen.“*